



Antrag

Vorlage-Nr.:	AT/0006/2016		Datum:	13.01.2016			
Verfasser:	01-CDU-Ratsfraktion	Az:					
Gremienweg:							
28.01.2016	Stadtrat	<input type="checkbox"/>	einstimmig	<input type="checkbox"/>	mehrheitlich	<input type="checkbox"/>	ohne BE
		<input type="checkbox"/>	abgelehnt	<input type="checkbox"/>	Kenntnis	<input type="checkbox"/>	abgesetzt
		<input type="checkbox"/>	verwiesen	<input type="checkbox"/>	vertagt	<input type="checkbox"/>	geändert
TOP öffentlich		<input type="checkbox"/>	Enthaltungen	<input type="checkbox"/>	Gegenstimmen		
Betreff:	Antrag der CDU-Ratsfraktion: Einführung "Projekttag Kommunalpolitik"						

Beschlussentwurf:

Der Stadtrat möge beschließen, die Verwaltung wird beauftragt,

den weiterführenden Schulen der Stadt Koblenz ab dem Schuljahr 2016/2017 einmal jährlich zum Ende der Mittelstufe, in einem festgelegten Zeitfenster, einen Projekttag zur Kommunalpolitik zu ermöglichen. Schwerpunkt dabei soll ein Einblick in die Entscheidungswege der Kommunalpolitik sowie der Dialog zwischen Jugendlichen und Kommunalpolitikern bzw. der Verwaltung sein.

Begründung:

Im „Kommunalbrevier 2014“ bezeichnet der rheinland-pfälzische Innenminister Roger Lewentz im ersten Satz des Geleitwortes die Kommunalpolitik als die „Schule der Demokratie“ (Kommunalbrevier Rheinland-Pfalz, hrsg. v d. kommunalen Spitzenverbänden Rheinland-Pfalz, Bodenheim 2014, S. V). Inhaltlich ähnlich äußert sich auch der neue Fachlehrplan für das Fach Sozialkunde, welcher im kommenden Schuljahr 2016/2017 für alle weiterführenden Schulen verpflichtend ist: Hierin wird als Möglichkeit der Öffnung des Unterrichts sowie als methodische Anregung ein „Unterrichtsgang zum Rathaus/zur Gemeindevertretung“ oder auch die „Simulation einer Gemeinderatssitzung“ im Lernfeld „Demokratie im Erfahrungsbereich von Jugendlichen“ angeregt (vgl. Fachlehrplan Sozialkunde, Mainz 2015, S.18ff.). Ziel davon sei es u.a., dass die Schülerinnen und Schüler „erkennen, dass Politik sie betrifft [...] und motiviert werden, sich mit politischen Sachverhalten handelnd und urteilend auseinanderzusetzen“ (a.a.O., S.2).

Diesem trägt die Einführung des Angebots eines Projekttages für die 9. Jahrgangsstufe durch die Verwaltung Rechnung. Dabei handelt es sich nicht um eine finanzielle Unterstützung, sondern um eine logistische: Möglich wäre hier beispielweise, dass den Schulen nach Absprache Termine angeboten werden, an denen dieser Projekttag durchgeführt werden kann. Sollte es zu einer größeren Nachfrage von Seiten der Schulen kommen, wäre es auch denkbar, eine jährliche Rotation zwischen den beteiligten/interessierten Schulen durchzuführen.

Die Schülerinnen und Schüler könnten dabei etwa an öffentlichen Stadtrats- oder Ausschusssitzungen teilnehmen, mit Vertretern der Fraktionen oder der Verwaltung ins Gespräch kommen oder auch selbst eine Rats- oder Ausschusssitzung simulieren. Andere Kommunen wie beispielsweise die Stadtverwaltung Bad Neuenahr-Ahrweiler oder auch die Kreisverwaltung Ahrweiler praktizieren diese Vorgehensweise schon seit einigen Jahren. Dies hat stets zu großem Interesse der Schülerinnen und Schüler und positiver Resonanz von beiden Seiten geführt.

Nicht zuletzt auch aufgrund der aktuellen politischen Debatten, die sowohl in den Medien als auch in den sozialen Netzwerken geführt werden, ist es notwendig, den Jugendlichen die Scheu an einer eigenen Meinungsbildung im politischen Prozess zu nehmen und sie vielleicht sogar auf diese Weise selbst für Politik zu begeistern. Die Entwicklung in Bezug auf eigene politische Partizipation als auch die sinkende Wahlbeteiligung sind zusätzliche Gründe, die die Einführung eines solchen Projekttagess als wichtig und nützlich erscheinen lassen.